

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Nr. 248

Dienstag, den 22. Oktober 1918.

35. Jahrgang.

Die Antwort an Wilson.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. ds. Mts. lautet wie folgt:

Berlin, 21. Okt. (Amtlich.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstands der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis den Abmachungen zu Grunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gut heißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volks und mit der Abnähmung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und somit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Beförderungen werden zur Durchführung eines Rückzugs immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote mit ihren Insassen absichtlich vernichtet habe.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Endverhalt durch neutrale Kommissionen ausklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß diese Befehle jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreichen.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Daraus antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet.

Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volks, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun

haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jeder Willkür und unverantwortlichem Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volks.

Berlin, den 20. Oktober.

Gez.: Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Verzögerung der Antwortnote.

Bei der Abfassung der Antwortnote an Wilson haben sich noch in letzter Stunde Schwierigkeiten ergeben. Zunächst sollen von Staatssekretär Erzberger, der durch den Tod seines Sohnes abberufen worden war, einige Einwendungen formeller Art gegen den Wortlaut erhoben worden sein. Auch der Abfall über den Landbootskrieg wurde einer nochmaligen Durchsicht unterzogen. Von parlamentarischer Seite erfährt man ferner, daß Dänemark sich entschlossen habe, auch seinerseits dem Deutschen Reich eine Rechnung zu präsentieren. So sprach die „Kopenhagener Berlingske Tidende“: „In dem Augenblick, wo Deutschland sich zu den 14 Wilsonschen Punkten bekannte, wurde die Rückgabe Nord-Schleswigs an Dänemark eine offene Frage. Für uns bestand sie immer, je weniger wir davon sprachen, je mehr dachten wir daran, aber die beste Haltung für uns war, die Lippen fest zusammenzubeißen. Jetzt, da das neue Deutschland das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hat, muß natürlich auch unseren Landesleuten Gerechtigkeit geschehen.“

Aus Presseäußerungen kann geschlossen werden, daß die dänische Regierung tatsächlich eine derartige Anregung in Berlin gemacht hat, wobei sie sich auf einen Artikel des Friedensvertrags zwischen Preußen und Oesterreich vom Jahr 1866 stütze, worin Oesterreich seine im Jahr 1864 erworbenen „Rechte“ auf Schleswig und Holstein mit der Maßgabe abtrat, daß die Bevölkerung der nördlichen Bezirke von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben sollte, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden soll. Die in Frage kommende Bevölkerung sei aber entschieden dänisch geartet. Die deutsche Regierung soll, wie verlautet, nicht abgeneigt sein, dem Ansinnen statt zu geben.

Andererseits soll auch von Holland eine Note eingegangen sein, die auf die veränderte Lage an seiner Grenze hinwies, wie sie durch den Rückzug des deutschen Heeres geschaffen worden sei und die ganz neue Möglichkeiten, von denen nichts bekannt gegeben wird, mit sich bringe.

Dagegen wird von anderer Seite versichert, die tatsächlich eingegangenen Noten aus Kopenhagen und dem Haag haben die Abfassung der Antwort an Wilson weder aufgehalten, noch beeinflusst, da die von den beiden neutralen Staaten erhobenen Forderungen Angelegenheiten seien, die nur Deutschland betreffen und mit dem Abschluß des Friedens nichts zu tun haben, obgleich Dänemark ausdrücklich verlangt, daß seine Ansprüche auf Nord-Schleswig dem Friedenskongress zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Note an Wilson ist noch am Sonntag nachts nach der Schweiz abgegangen.

Die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn.

Die Antwort des Präsidenten Wilson an die k. u. k. Regierung in Wien hat wohl dort noch weniger befriedigt, als seine zweite Note in Berlin. Wilson geht auf die österreichische Note kaum ein. Von einer Friedensvermittlung seinerseits ist gar nicht die Rede. Die Verhältnisse haben sich derart verändert, sagt Wilson, daß Punkt 10, 11 und 13 seines Programms auf Oesterreich keine Anwendung mehr finden. Die Tschechen und Jugoslawen seien von dem Verband als kriegsführende Macht anerkannt worden, Oesterreich habe sich also mit diesen Völkern selbst, deren Saß auf dem Friedenskongress als gleichberechtigt mit den Belangen der übrigen Verbandsmächte zur Sprache kommen wird, auseinanderzusetzen.

Demütigender und verletzender konnte die Antwort, die eine glatte Abweisung ist, nicht abgefaßt werden. Wilson hat die österreichische Note auffallend lange un-

beantwortet gelassen und der Wiener Trostmann glaubte dies schon so deuten zu dürfen, daß Wilson gegen Oesterreich sich entgegenkommender zeigen werde, als gegen den deutschen Bundesgenossen. In Wirklichkeit hatte Wilson andere Gründe. Am 15. Oktober versammelte sich in Paris der „Nationalrat“ der Tschechen und Jugoslawen (Südslaven) und beschloß die völlige Völkertrennung von der habsburgischen Monarchie. Darauf hatte Wilson gewartet; er war der erste, dem das Ergebnis der Konferenz draklos bekannt gegeben wurde. Und nachdem nun der tschechische und der jugoslawische „Bundesstaat“ in offener Feindseligkeit sich abgetrennt hat, Ungarn seine eigenen Wege geht, die Polen für die habsburgische Monarchie auch kaum mehr in Frage kommen, und die Ruthenen (Ukrainer) noch schwankend sind — sie haben zwar beschlossen, sich auf den Boden der kaiserlichen Kundgebung zu stellen, wofür sich aber eher der Ukraine anschließen, als mit den Polen Verbindung haben — da ferner auch die Italiener, die Serben und die Rumänen sich mit Hoffnungen auf gute Beute tragen, so bleibt die habsburgische Monarchie auf die etwa 9 1/2 Millionen Deutsche Ostleitheniens beschränkt, auf dieselben Deutschen, die Jahrzehnte hindurch gegen Ungarn, Tschechen, Polen und Slaven zurückgepflegt worden sind. Sie sind noch die letzte und einzige Stütze des habsburgischen Reichs. Wilson rechnet wohl mit dem gänzlichen Zerfall der Monarchie und ihre soeben vollzogene Umwandlung in einen Bundesstaat ist für ihn nicht vorhanden, jedenfalls genügt sie ihm nicht. Wie weit seine Absichten gehen, sagt er zwar nicht, aber unklar ist so viel zu erraten, daß er auch die förmliche Aufhebung des Bündnisses mit Deutschland erzwingen möchte. Um diesen Preis würde er vielleicht noch einmal mit sich reden lassen.

Der Weltkrieg.

W. A. Großes Hauptquartier, 21. Okt. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz:

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht:
In Flandern wurde vor und um den Passanten zwischen Urjel und Kortrik heftig gekämpft. In Boumergen vorübergehend eingebrungenen Feind wurden wir im Gegenstoß wieder zurück. Beiderseits von Denzge setzte sich der Gegner auf dem westlichen Ufer der Ys fest. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teil gefangen genommen. Ein Franzosenneß blieb auf dem östlichen Ufer zurück.

Westlich von Kortrik ging der Feind über Deerlist und Boveregen vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Bichte brachten wir seine Angriffe zum Stehen. Nördlich der Schelde wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab.

Nördlich von Tournai hat der Gegner die Schelde erreicht. Südlich von Tournai standen wir mit ihm in der Linie St. Amand östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Gaspres in Gefechtsfähigkeit.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau griff der Engländer gestern in Ausdehnung seiner am 17. und 18. Oktober zwischen Le Cateau und der Dife geführten Angriffe mit starken Kräften an. Zwischen Sommaing und Berlain blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Harpies-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen. Beiderseits von Solesmes brachten wir den über unsere vorderen Linien hinaus vordringenden Feind auf den Höhen östlich und südöstlich der Stadt zum Stehen. Kommeries und Amerval gingen verloren und wurden im Gegenstoß wieder genommen.

Beiderseits von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem wechselvollem Kampf im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Reservebrigade unter der Führung des Generalmajors Maas hat sich hier besonders bewährt.

Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf örtlich beschränkten Bodengewinn des Gegners an der Fähigkeit unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

Seeresgruppe deutscher Kronprinz:
Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Straße Laon — Waise säuberten wir im Gegenangriff Teile unserer noch

in Feindeshand gebliebenen Wägen und Wägen hatte Gegenangriffe ab.

Auch westlich der Aisne nahmen ostpreussische Bataillone und das in den letzten Kämpfen besonders bewährte Reserveinfanterieregiment Nr. 231 im Gegenangriff ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab.

Westlich von Bouziers suchte der Feind seine am 19. Oktober erzielten östlichen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie im Gegenangriff des Infanterieregiments Nr. 411 und an der zähen Abwehr der 7. Kompanie des bayerischen Infanterieregiments Nr. 24 gescheitert.

Heeresgruppe Gallwitz:

Westlich von Vantheville wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gesichtslage beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriggschauplatz:

An der Morava schlugen wir erneute Teilangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sonderbericht der

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Im Sundgau war die beiderseitige Artillerietätigkeit vorübergehend etwas lebhafter. Sonst keine Ereignisse von Bedeutung.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Handwritten signature: Ludendorff

In dem Abschnitt zwischen Urzel und Kortryl, das sind etwa 40 Kilometer, wurde am 20. Oktober wieder heftig gekämpft. Teilweise hat der Feind nennenswert an Boden gewonnen oder es ist, um es anders auszudrücken, unsererseits der Rückzug stärker forciert worden, um eine einheitliche Linie einzuhalten. Die deutsche Front stellt nämlich nach den Meldungen bis zum 20. Oktober einschließlich, vom nördlichsten Kampfpunkt, Urzel, bis Origny an der Dife fast eine gerade Linie von etwa 150 Km. Länge dar, die etwa durch folgende Punkte bestimmt wird: Urzel, Dehnye, Doornik (Tournai), St. Amand, Solesmes, Le Cateau, Origny. Daß dabei Ein- und Ausbuchtungen vorkommen, die durch besonders wichtige strategische Stellungen gegeben sein mögen, ist selbstverständlich, aber sie sind für den gesamten Ueberblick so geringfügig, daß sich dem fernstehenden Beobachter die Ueberzeugung geradezu aufdrängt: hier waltet ein zielbewußter Plan vor. Das umso mehr, als gerade diejenigen Frontteile, gegen die die Hauptangriffe der Feinde bisher gerichtet waren, um Le Cateau und im Serre-Abschnitt, seither gegen die größte Uebermacht standhaft behauptet worden sind, während der Rückzug auch weit schwächeren Gegnern gegenüber, hier sogar mit gesteigerter Schnelligkeit, fortgesetzt wurde. Es ist wohl nicht damit zu rechnen, daß die genannte gerade Frontlinie — es ist die ganze gegen Westen gerichtete Frontstellung bis zur Abbiegung im Süden — als solche verteidigt werden solle, vermutlich wird auch sie Stückweise und in den Grenzen wieder abgebaut werden.

wie es der Gesamtplan vorseht. Im einzelnen ist für den 20. Oktober nach dem Tagesbericht festzustellen: Am nördlichsten Flügel bei Urzel hat sich der Feind bis auf Zomergem, 5 Km. östlich von Urzel, 13 Km. nordwestlich von Gent, vorgearbeitet; um Dehnye an d. Uys, 15 Km. südwestlich von Gent, wurde hartnäckig gerungen. Die Stadt blieb, wie es scheint, zunächst in deutscher Hand, doch ist sie nördlich und südlich umschlossen. Der Kampf hatte also wohl nur den Zweck, den Feind aufzuhalten und ihm möglichst große Verluste beizubringen. Ueber Kortryl ist der Feind über die Uys bis Bichte (an der Bahnlinie Kortryl-Dubenaarden, 9 Km. östlich von Kortryl) vorgebrungen und südlich davon, wohl in der Gegend von Warcoing (13 Km. östlich von Kortryl) hat er die Schelde erreicht. Die von Douai vorrückende erste englische Armee (Dorne) steht bei St. Amand an der Schelde; Denain an der Schelde (10 Km. südwestlich von Valenciennes) wurde den Engländern überlassen. Südlich von Valenciennes drang der Engländer bis Sommaing an der Brühilbenstraße (10 Km. westlich von Quesnoy) und Bertain (etwa 4 Km. nördlich von Solesmes) vor; auch Solesmes ist nach schwersten Kämpfen geräumt worden, während bei Le Cateau unsere Stellungen behauptet wurden. — Im Serre-Abschnitt (die Serre mündet bei La Fere in die Dife) blieben französische Angriffe erfolglos, teilweise wurde der Feind zurückgedrängt, wie an der Straße Laon-Marle a. Serre. Zwischen Bouziers und Grand Pre hat sich ein Winkel hartnäckiger Kämpfe herausgebildet; das ist die Wüste (oder soll es noch werden) zwischen der amerikanischen Armee zwischen Aire und Maas und der französischen Champagne-Armee. Bei der Abwehr des feindlichen Angriffs tat sich die 7. Kompanie des bayer. Infanterieregiments Nr. 24 besonders hervor; man darf aus der rühmenden Erwähnung eines einzelnen verhältnismäßig kleinen Truppenteils wohl schließen, daß die Verteidigung unter besonders schwierigen Umständen und gegen eine sehr starke Uebermacht geleistet wurde und daher doppelt rühmendwert ist. In beiden Seiten der Maas war die Kampftätigkeit beschränkt, amerikanische Angriffe bei Vantheville (westlich der Maas) wurden abgewiesen.

Oftende soll der Hauptlandungsplatz für die nach der Festlandfront bestimmten Truppen der Alliierten werden. Die Stadt Denain an der Schelde wurde am 18. Oktober von den Engländern mit allen Kalibern beschossen. 10 Einwohner wurden getötet oder verwundet. Die Stadt Le Quesnoy lag am 18. Oktober abermals unter französischem Artilleriefeuer. Am 18. Oktober brach der Feind ferner Origny mit schwerstem Kaliber.

Die Ereignisse im Westen.

Französischer Heeresbericht vom 18. Okt. Der siegreiche Vormarsch in Mittserbien schreitet fort. Französische Kavallerie, unterstützt von serbischen Freischärlern, greift in der Richtung der montenegrinischen Grenze österröschische Transporte an, die sich aus Mitrovoza zurückzogen und erbeutete 3000 Waggons und unermessliches Material. Diese Abteilung besetzte am 13. Oktober Jpek, wo sie 600 Gefangene machte und ungeheure Getreidevorräte erbeutete.

Die Ereignisse im Osten.

Kiew, 20. Okt. Das ukrainische Gesamtministerium ist zurückgetreten. Der Hetman hat den bisherigen Ministerpräsidenten Ulyogub mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Bukarest, 21. Okt. Auf Antrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschloß die Kammer mit 72 gegen 90 Stimmen die Freilassung des verhafteten früheren Ministers Constantinescu. Die Freilassung erfolgte am gleichen Abend.

Shanghai, 20. Okt. Heuter. Im Ural wurden 8000 Poljajewski, die auf Zesaternenbürg vorrückten, von Tscheko-Slowaken und serbischen Streitkräften schwer geschlagen und zurückgetrieben. 1000 Poljajewski wurden getötet. Drei Panzerzüge, 11 Lokomotiven und 60 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Neues vom Tage.

Die neuen Staatssekretäre beim Kaiser.

Berlin, 21. Okt. Der Kaiser empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neuernannten Staatssekretäre Scheidemann, Gröber, Erzberger, Daubmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Robert Schmidt, Dr. Aug. Müller.

Die Litauer beim Reichskanzler.

Berlin, 21. Okt. Gestern empfing der Reichskanzler das Präsidium der litauischen Taryba (Volksvertretung), das ihm die Wünsche des litauischen Volks für die Neugestaltung des litauischen Staats vortrug. Prinz Max von Baden machte die Mitteilung, das Deutsche Reich überlasse dem litauischen Volk selbst die Regelung seiner Regierung und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern. Es liege nicht in der Absicht der Reichsleitung, eine Entscheidung über die Grenzen Litauens und Polens zu treffen. Ebenso sei beabsichtigt, die gesetzgebende Gewalt einer eigenen litauischen Regierung zu übertragen. Es werde Sache der Taryba sein, diese vorläufige Regierung unter Hinzuziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden. Die von der deutschen Regierung verheißene Amboandlung der Militär- in eine Zivilverwaltung sei bereits in die Wege geleitet. Obwohl die Reichsleitung den Wunsch habe, die litauischen Truppen sobald als möglich aus Litauen zurückzuführen, sei sie bereit, den vielfach aus dem Lande gedrückten Wünschen zu entsprechen, Truppen und Verkehrsmittel einstweilen im Lande zu belassen. Der vorläufigen litauischen Regierung werde die Schaffung einer Militär- und Polizeitruppe obliegen.

Untersuchung der „Gruel“-Berichte.

Berlin, 21. Okt. Zur Untersuchung der Wahrheit der „Beschuldigungen“ über angeblich zwecklose Verwüstungen und Zerstörungen beim Rückzug der deutschen Truppen hat sich eine neutrale Kommission, bestehend aus den in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten an die Front begeben. Der Chef der politischen Abteilung in Brüssel, Gesandter Freiherr von Laufen, hat die Führung der Kommission übernommen.

Friedensentschließung in England.

London, 20. Okt. Laut „Daily News“ fand in der Essex-Hall eine stark besuchte Versammlung statt, die der Lansdowne-Ausschuß einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Der Vorsitzende Hugh Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen Spielraum für die Verhandlungen. Ein Friede auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. George Lansbury führte aus, er habe Vertrauen zu dem guten Glauben Wilsons, aber nicht zu dem der Leute, die England leiten. Das Parlament scheine außerstande, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ehe das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Alliierte glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen wie Wilson klar ausgedrückt hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Burton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nicht, als diese. Gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden, wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugefügt werde, gehe man einem neuen Krieg entgegen.

Druck und Verleger B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, daselbst

Bekanntmachung.

Von der Landesbrennholzstelle Stuttgart, sind der Stadtgemeinde Wildbad aus den Staatswaldungen

883 Km. Brennholz.

zugewiesen worden.

Das Brennholz soll im Wege der Verlosung an die hiesige Einwohner zur Abgabe gelangen.

Anmeldungen auf Brennholz wollen in der Zeit vom Mittwoch den 23. Oktober 1918 bis Donnerstag den 24. Oktober 1918 je vorm. von 9—12 und nachm. von 3—6 Uhr auf dem hiesigen Lebensmittelamt gemacht werden.

Spätere Anmeldungen haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Wildbad, den 22. Okt. 1918.

Stadtpflegs.

Bau-Stangen Verkauf.

Am **Mittwoch den 23. Oktober 1918** vormitt. 10^{1/2} Uhr kommen auf dem Rathaus aus Stadtwald Sommerberg Abteilung 8 Wildbader Gang am Ruchhalderweg 15 St. Bau-Stangen I und II Klasse zum öffentl. Verkauf. Wildbad, den 21. Oktober 1918. Stadtpflegs.

□ Von **Mittwoch früh an** kann der

Kunstdünger

am Bahnhof gefaßt werden.

Carl Schöber Handelsgärtner.

Tamavino

Gesunder Obstmost Ersatz

in Portionen für 100 Ltr.

mit künstl. Süß Stoff M. 9—

ohne künstl. Süß Stoff für 75 Ltr. M. 6—

empfiehlt

Robert Treiber,

Bekanntmachung

Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November, verlängert worden.

Berlin, im Oktober 1918

Reichsbank-Direktorium
Havenstein v. Grimm